

Sales ohne den Schutz der Sozialdemokratie nicht mehr die...
"Kochschüssel" wertvollen Aufschluss:

Das Land weist, das trotzdem registriert wird, nicht...
irgendwie, nach dem berühmten gemordenen Wort Dr. Lu-
thers, sondern bestimmt, mit fräftiger Hand und
klarer Zielsetzung.

Kräftige Hand und klare Zielsetzung — im Sinne der...
Deutschnationalen... Herr Schied ist damit wirklich treffend
charakterisiert. Gerade darum schmeißt die SPD-Presse so be-
herztlich; denn die Tatsachen abzutreiben, wäre angesichts des
Chors beglückter Lobpreller aus dem reaktionären Lager hoch
zu rufen. Die SPD-Tagespresse schweigt, aber ihre Chefs sind
gezwungen, sich zu den Spalten der innerparteilichen Dis-
funktionsgasse zu wagen, um die Frage zu beantworten, die
die SPD-Arbeiter ihnen heute laut und immer dröher
stellen: Sühnt die SPD die Schied-Regierung?

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Karl Böchel...
gleichzeitig Chefredakteur der Volkstimme in Chemnitz, hat
"vergessen", sich anlässlich des einjährigen Jubiläums noch ein-
mal in seiner Zeitung zu dieser bedeutungsvollen Frage zu
äußern. Das ist um so "merkwürdiger", als Böchel vor einem
Monat im "Klassenkampf" auf einen Antrag die Frage zu be-
antworten "versucht" hat. In der Spalte dieser "linken" Zeit-
schrift hat Herr Böchel erklärt, es sei unwahrscheinlich, dass die
SPD-Fraktion den reaktionären Schied hänge. Und die "Beweise"
für diese Behauptung? Die SPD-Fraktion habe ein "abstraktes
umrissenes Mittelprogramm", das von den Bürgerlichen nicht
angenommen werde, deshalb sei die SPD auch nicht zur Bil-
dung einer Regierung gekommen, die an Stelle des "schied-
führenden" Schied-Kabinetts gesetzt werden könnte. Weiter
sagt er, "das Kräfteverhältnis" im Lande nicht geändert. (1)
Deshalb wolle man keine Auflösung, schließlich habe die SPD-
Fraktion "logar" Mißbilligungsanträge zur Geltendmachung
der Regierung eingebracht und die Regierung "gezwungen",
"non über die Ernennungsordnung hinausgehenden" (1).
Scharfmahnermaßnahmen abzuweichen und auf "den Weg der
ordentlichen Gesetzgebung zu beschreiten". Diese Erklärungen
Böchels sind ebenso klar wie verlogen. Sie sind auch ge-
wöhnlich um so verächtlicher, als sie den Versuch darstellen, den
eigenen Anhängern der "linken" Gruppe Sand in die Augen zu
streuen. Das verkehrte dieser Ablehnungsversuche liegt
aber darin, daß dadurch die tatsächlichen SPD-Arbeiter täuscht
darauf gebracht werden sollen, den schiedlich-reaktionären Kurs
dieses Diktatorkabinetts zu dulden, launlos hinzuschauen und
so wider ihren Willen und wider ihre eigenen Interessen die
Fortschritte des Klassenkampfes hängen zu lassen.

Aber schon die nähere Betrachtung der "Beweise" Böchels
enthüllt das Mandat. Richtig, das sogenannte "Mittelpro-
gramm" der SPD ist unberührt von "provanen" Verlogen, es
in die Wirklichkeit umzusetzen. Kein Mensch kümmert sich dar-
um, nicht einmal — die SPD-Abgeordneten! Dafür aber haben
die SPD-Arbeiter die praktische Möglichkeit der Durchföhrung
der Regierung dadurch gestiftet, daß sie ihre Annahme
der SPD-Fraktion ermöglichten. Was nun soziale Anträge
an die Regierung mit Mehrheit angenommen war, wurde
von der Regierung nicht durchgeführt. Wir erinnern nur an
das Arbeitsbeschäftigungsprogramm, an die nicht gewährten
Winterbeihilfen, an die Sabotage der Verwertung der
Mietsteuern zum Wohnungsbau... das alles ist ge-
schehen, ohne daß von den SPD-Abgeordneten dieser
Regierung der Boden unter den Füßen weggezogen wurde;
im Gegenteil, sie haben alle kommunikativen Anträge
abgelehnt und jetzt haben die SPD-Vertreter im Reichstags-
ausschuß des Landtages sogar "geschäftsoberungsmaßig"
der Regierung die Handhabe gegeben, eine unangenehme
Lage am Schluß der Legislaturperiode einzuführen zu
lassen. Das ist die Methode der SPD-Fraktion, die
Regierung zu zwingen, den Weg der ordentlichen Gesetzgebung
zu beschreiten.

Durch und durch verlogen ist die Erklärung, "weil das
Kräfteverhältnis sich nicht geändert" habe, deshalb "brauche"
man keine Landtagsauflösung. Hören wir, was zu dieser Frage
Herr Böchel selbst im Landtag sagte... in der 31. Sitzung
am 17. Februar erklärte er:

Es würde sich logar, wenn man das Verhältnis des
14. September übertragen würde, auf den schiedlichen Landtag,
soweit man es konformmäßig betrachtet, eine Verwicklung zu-
gunsten der Linken ergäbe."

Wo liegt nun Herr Böchel, im "Klassenkampf" oder in seiner
Landskapsrede? Die Frage braucht nicht beantwortet zu werden,
denn sie ergibt sich aus der Tatsache, daß sich das außerparla-
mentarische Kräfteverhältnis zugunsten der Kommunisten,
der revolutionären Führer des proletarischen Klassenkampfes
verschoben hat. Gerade das will die SPD-Fraktion verhindern,
daß dies auch zahlenmäßig eindeutig feststellbar wird und
durch einen Wahlkampf die Vertäleren der SPD ebenso wie
die Ausplünderungspolitik der herrschenden Klasse vor dem
Volk enthüllt werden könnten. Im Zusammenhang und un-
trennbar von diesem Grund steht aber auch die Verpflichtung
der SPD-Fraktion gegen einige Personalfraktionen der
Regierung Schied im Sattel zu halten, weil sie die beste Re-
gierung der Bourgeoisie seit den Revolutionstagen ist. Hier
mag Karl Böchel noch so sehr heuzeln, die Tatsachen be-
weisen: die SPD verhindert, daß ein Landtag nach Hause ge-
ht, der eine von den Scharfmahnern des Industriellenverban-
des als der Fort der kapitalistischen Geschäftsföhrung ge-
regert wird. Der schiedliche Mißbilligungsantrag der
SPD zur Geltendmachung ändert nicht das geringste an der
Tatsache, daß damit die Regierung nicht einmal beunruhigt
wurde; denn tatsächlich ist es die von der SPD offen ge-
forderte Reichsregierung, die die Beteiligung der Reichstags-
fraktion hat. Die Regierung Schied stellt eben nichts anderes
dar als die schiedliche Ausgabe des Brüning-Kabinetts.

Die verlogenen Mandate Böchels sind so plump, daß der
Schied-Anleger hochwohlwollend dazu schreiben kann:

Der schiedliche Fraktionsführer Böchel nannte Sal-
manns Auftrag ein unkluges Mandat und ludte darzu-
legen, daß die schiedlichen Sozialdemokraten in Opposition zu
Schied ständen. Hier ist ein Fall, bei dem die Augen
lächeln."

Aber die schiedlichen Arbeiter lächeln nicht, sie spüren die
reaktionären Maßnahmen des Brüning-Arbeitsleiters Schied täg-
lich an eigenen Leiden. Die Verlogenheit und die Demagogie
der SPD-Führer hat einen Teil von ihnen nur noch nicht er-
kennen lassen, daß Schied eben diesen Brüningprodukt ist,
dessen Regime zu befechtigen eine Existenzfrage der schied-
lichen Arbeiterklasse ist.

Die Lobeshymnen der Kapitalpresse anlässlich des ein-
jährigen Jubiläums der Schied-Diktatur haben jedoch der Ar-
beiterklasse und der gesamten Bevölkerung Sachlens deut-
lich genug gezeigt, was dieses Schied-Kabinetts für sie be-
deutet. Gerade deshalb werden die Arbeiter auch das
Schweigen der SPD-Presse richtig zu deuten verstehen. Sie
werden daraus und aus der gesamten Praxis der SPD,
Böchel, Viehmann und Konstantin erkennen, daß diese
angelsächsischen "Linken" die Schied-Regierung bei allen
Maßnahmen hängen, daß sie ihr die parlamentarische
Grundlage für ihr reaktionäres Regime verschaffen,
daß sie Helfershelfer Schieds und damit Brüningss sind.

Um so leister werden die schiedlichen Arbeiter sich um das
Banner der SPD scharen, die, ohne Rücksicht auf parlamen-
tarische Schacher, ihren Kampf gegen Brüning und Schied
als Schlichter der bestehenden Klasse, führt und dabei als
Klassenführer nur eins kennt: die Interessen der Arbeiterklasse,
die Forderung des proletarischen Klassenkampfes. Mag Herr
Böchel, möge die SPD-Parlamentarier reden, schreiben oder
schweigen — die Praxis allein entscheidet, die Tatsachen
sprechen um so eindeutiger: die schiedliche SPD ist der
Trabant Schieds, wie das Kabinetts Schied der Beauftragte
der schiedlichen Industriellen ist.

Dem Ruf der Volksausrufer und Volksbetrüger legt die
SPD die rote Einheitsfront der Arbeiter entgegen, die den
Demagogien der SPD-Führer ebenso ein Ende bereiten wird,
wie dem Brüning-Regime Walter Schieds!

Erlaß Reichsbahn-Kluges gegen KPD

Morgen jedem Eisenbahner einen roten Stimmzettel

Erden läßt uns eine Verfügung der Reichsbahndirektion
Dresden, unterzeichnet vom Präsidenten Kluge, in die Hände,
in der es heißt:

Betrifft Betriebsrätewahl. An alle Dienststellen.

Das Austragen von Wahlplakaten und Verteilen von
Stimmzetteln aus Anlaß der Betriebsrätewahl kann auf Bahn-
gelände betriebsförender Personen nicht gestattet werden, da
sonst Störungen der Ordnung eintreten könnten.

Aus dieser Verfügung geht hervor, daß die Reaktion be-
strebt ist, mit der KPD-Regierung gegen die revolutionäre Ge-
werkschaftsopposition vorzugehen. Man versucht die Entföhlung der
KPD und das Verteilen der Stimmzettel zu verhindern. So wie
die Sozialdemokratie die Brüning-Regierung begrüßt und
unterstützt, zweifeln wir auch nicht daran, daß helle Kreise in
den Büros der Reaktionskräfte über diesen Erlaß der Reichsbahn-
direktion herrschen.

Es besteht eine Verfügung von früher, daß Wahlhelfer mit
Ausweis der Vertreter der Vertriebsliste zur Verteilung von
Stimmzetteln zugelassen werden. Bei dem gegenwärtig in
Schärftem Maße und dem gemeinsamen Kampf aller gegen die
KPD münden wir uns nicht über diese Verfügung. Es ist nur
ein Ansporn für alle revolutionären Elemente, nun erst recht
die Verfügung wahr zu machen!

Jedem Eisenbahner einen Stimmzettel der Revolutionä-
ren Gewerkschaftsopposition in die Hand gedrückt!

Bürgerliche, Straßen, Plätze usw., die am Reichsbahn-
gelände vorbeiföhren, sind nicht Bahngelände. Die Eisenbahner
müssen also die Straße und den Bürgersteig benutzen, um
ihre Arbeitsstelle gelangen zu können. Deshalb nochmals
Appell: Am Freitag dem 9. Mai früh 10 Uhr alle Bahnhöfe
zur Stelle und die Eisenbahner mit dem Stimmzettel der KPD
unmittelbar vor dem Bahngelände besetzt!

Wo gibt es Stimmzettel und Wahlmaterial?

Der Vorstand der Stimmzettel und des Wahlmaterials
bis ins kleinste durchgeföhrt. Sollten hier und dort noch
Vorhanden sein, daß noch keine Stimmzettel vorhanden sind,
suchen wir diese sofort an folgende Stellen anzufordern:

1. KPD-Komitee Dresden, Rosenstraße 100 (Paul Jähde)
 2. KPD-Komitee Rauen, Kienrichstraße 2 (Kurt Böchel)
 3. KPD-Komitee Pirna, Königstraße 11 (Kurt Pauck)
 4. KPD-Komitee Zittau, Zittauer Str. 18 (R. Wöhr)
 5. KPD-Komitee Freiberg, Turmhofstraße 18 (R. Schöber)
- Auf, an die Arbeit, alles für den Sieg der revolutionären
Lüge. Kein Eisenbahner bleibe ohne seinen Stimmzettel.

Zuchthaus gegen Arbeiter

Schreckensurteile der Klassenjustiz begleiten den Brüning-Kurs

Zweibrücken, 6. Mai (Eig. Ber.)

Im Zweibrücker Exzerptenprozeß wurden folgenden un-
günstigen Schreckensurteile gegen Arbeiter gefällt:

1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus,
1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 1 Jahr Zuchthaus, 6 Monate Ge-
fängnis, zusammen gegen fünf Arbeiter 4 Jahre 11 Monate
Zuchthaus.

Die von der roten Hilfe gestellten Rechtsanwälte, Genosse
Duch und Dr. Frank wiesen in ihren Plädoyers die Un-
günstigkeit der Urteile nach, die ganz offensichtlich das Ergebnis
einer Spießritze sind. Trotzdem wurde das unheimliche
Urteil gefällt. Schon im vergangenen Monat waren in Zwei-
brücken 18 Arbeiter zu 14 Jahren 6 Monaten Ge-
fängnis verurteilt worden.

Im Anschluß an eine Demonstration in Rürnberg-Johannis-
platz am 5. durch Prozeduren der Polizei zu einem geringfügigen

Zusammenstoß. Ein Polizist hatte eine unbedeutende Beziehung
am kleinen Finger. Dies genigte dem Klassengericht, Anlaß
auf Aufruf, Widerstand usw. zu erheben und in der am Ten-
nerstag durchgeföhrt Verhandlung die Arbeiter zu ungehör-
lichen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen zu verurteilen.

Genosse Köhler wurde zu 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus ver-
urteilt.

Genosse Schmidt erhielt ebenfalls 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus

Beide Genossen wurden außerdem unter Polizeiaufsicht gesetzt
und sofort verhaftet. Gegen zwei Arbeiter wurde eine Gefängnis-
strafe von 6 Monaten, gegen einen 6 Wochen und gegen einen
14 Tage ausgesprochen. Zwei Angeklagte mußten freigesprochen
werden.

Arbeiter, protestiert überall gegen die Zuchthausurteile
Kämpf für die Freilassung der proletarischen Gefangenen.

Zwangsarbeit durch Jungdo-Schied!

Die Volkzeitung verschweigt SPD-Beteiligung

Der Brauns-Bund "Zum Studium der Arbeitslosigkeit" hat in seinem
letzten veröffentlichten Gutachten den Treppensystem
des "Freiwilligen Arbeitsdienstes" als Umweg zur allgemeinen
Arbeitsdienstpflicht, aufgenommen. Ganz offen sprechen die
mohrenhaften Leipziger Nachrichten diesen Zweck des "Vor-
schlages" der Brauns-Kommission aus. Wortlich heißt es:

"Vor dem Zwang will man es zunächst noch mit der Freiwilligkeit
versuchen..."

Damit ist der ganze Sinn des "Freiwilligen Arbeitsdienstes" ent-
hüllt. Es ist, wie wir sofort beim Austausch des Planes
stellen nicht anders, als der erste Schritt zur allgemeinen
Militarisierung der Erwerbslosen durch Arbeitsdienstpflicht. Der
Umweg der "Freiwilligkeit" hat für die Bourgeoisie noch den
Vorteil, daß dabei auch die Organisation offen in die Hände
der schiedlichen Wehrverbände gelegt werden kann, ohne besondere
Maßnahmen zu erfordern.

Sinter diesem Plane der Militarisierung steht jedoch auch der
direkte organisierte Lohnraub, da diese Arbeiter ja ohne tarifliche
Bezahlung, sondern nur für Almosen geistet werden sollen. Er
richte sich also eindeutig gegen die gesamte Arbeiterklasse. Die
schiedliche Innenminister hat bereits gemeinsam mit dem
Janus den ersten Schritt zur praktischen Durchföhrung in
Schlesien getan. Die Regulierung des Arbeitslohnes bei
Banken soll schon ohne Arbeitsbeziehung für
Tatsache unter Kommando des Treppensystems
durchgeföhrt werden.

Die Dresdener Volkzeitung bringt es gestern fertig, in einem
nichtsagenden demagogisch "gegen den Plan protestierender"
Artikel, die Tatsache zu verschweigen, daß die Reichsbahnführer
eine offizielle Vertretung zur Besprechung des Planes ent-
sandt und ihre Übereinstimmung mit Stahlhelm und
Katholiken in dieser Frage ausdrücklich erklärt haben. Und
außerdem hat das SPD-Wort kein Wort zu dem bereits
bekanntgemachten Plan des schiedlichen Innenministers.

Dieser neue Betrugsperiod muß vor der gesamten Arbeiterklasse
entlarvt und der Kampf gegen den schiedlichen Vorkriegs-
aufgenommen werden. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich
das schiedliche Arbeitskommando nicht aufzwingen lassen!

Nazis und SPD gegen Kürzung der Ministergehälter

Dresden, 7. Mai.

Im Haushaltsausschuß H des schiedlichen Landtages standen
heute bei Beratung des Kapitels Gesamtministerium die Anträge
der KPD auf Herabsetzung der Ministergehälter. Nazis und
Sozialdemokraten setzten gemeinsam mit den Bürgerlichen die
Verlangung dieses Antrages und ihrer eigenen früheren Anträge ab.
Sie wollten angeblich die wohlverdienten Rechte der Beamten
nicht angefeindet wissen. Alle Anträge wurden dem Beamten-
ausschuß überwiesen, das bedeutet Begräbnis 1. Klasse.

Unverfrorene Postenjägerie der Brüning-Partei

Im Preussischen Landtag hat die Zentrumsfraktion einen
Antrag eingebracht, der in seiner unverfrorenen Offenheit einen
Einblick in die Postenjägerie im kapitalistischen Staat, die scham-
los noch als "höfliche Pflicht" bezeichnet wird, gewährt. Im
Antrag heißt es:

"Es gehört aber zweifellos zu den höchsten Pflichten des
Staates, auch von sich aus nach Kräften daran mitzuwirken,
daß die Katholiken allmählich zu dem Recht kommen, das man ihnen
früher verweigert hat. Deshalb beantragen wir: Der Landtag
wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, eine
allgemeine Anweisung an sämtliche Zentral- und Provinzial-
instanzen dahingehend zu erlassen, daß bei Neueinstellung von
Beamten die Vorkandidaten katholischen Bekenntnisses bevorzugt
werden."

Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte am 5. Mai den
Genossen Otto Janda wegen Hochverrats zu einem Jahre Gefängnis.

Im Zeichen des Muttertages: Polizei gegen Frauen!

In Hamburg und Oberhausen (Ruhrgebiet) zogen gegen
die Wohlfahrtsempfänger, Frauen und Kinder als Protest gegen
den neuen vollen Unterhaltungsbeitrag zum Rathaus, wo der
Wohlfahrtsehrbehördenrat untergebracht ist. Angesichts dieser
verriegelten die Angestellten die Türen und sprangen aus den
Fenstern. Nach etwa einer halben Stunde erschien ein
Polizeibeamter im Rathaus und ließ blindlings auf Frauen und
Kinder ein. Die Demonstranten setzten sich mit großer Empörung
zur Wehr. Dem Widerstand der Massen waren die Beamten
nicht gewachsen, so daß weitere Verstärkungen herangezogen
wurden. Als einige nervöse Schulkinder wieder nach dem
Rathaus griffen, blieben die Frauen und Kinder unbeweglich
stehen und riefen den Beamten zu: "Schleht uns nieder,
dann brauchen wir nicht zu leben, wie unsere Kinder
verhungern!" Ununterbrochen erscholl der Ruf von allen
Seiten: "Geht uns Arbeit und Brot!" "Fort mit der
Hungersordnung!" Unter dem Eindruck der
mächtigen Massenempörung zog sich die Polizei zurück. Es
wurde dann Kriminalbeamte eingesetzt, die mit Hilfe der
Schupps den Denarigen zum Teil abdrängten, worauf sie sich
in einem abseits der Stadtteil konzentrierten und neue
Demonstrationen formierten. Mehrere Verhaftungen wurden
vorgenommen.

Polizei schießt auf Streikposten. Am 30. April wurde die
Belegschaft der Firma Swan Fontaine in Reims und
Lüttich in die Straßenschlacht gezwungen, weil der Betriebsrat
hat. Mit 85 Streikbrechern, die durch die "Tausche
Hilfe" ersetzt wurden, hielt die Firma ihren Betrieb
notdürftig aufrecht. Die Belegschaft stellte am 2. Mai
Streikposten auf. Die Belegschaft wurde am 2. Mai
den Betrieb beordert wurde, ohne jede Warnung und ohne
sonstigen Anlaß die Belegschaft. Ein Gewerkschafter wurde
durch einen Oberrichter verurteilt.

Die 2
Poliz

Madrid,
schlechten zu
borenen Auf
des Lichts
monstriert.
die General
berlangt.
Aber die
Schiffen geg
wobei ein F
darunter ein
pber seien b
Tetuan
Kube miede
sichtsmäßig
Die Zei
vergangene
Eingeborene
gehorenen A
heute nicht

Bukare
Ab

Wien, das
der Konfere
außerordent
Am politis
Schwere Stü
der Kleinen
erfordern u
zur Verhüt
Auch D
Härte: Die
gelgen, wie
Entente der
der Unmög
meinen vor
in jüher W
lichen Prob
Der in
dem Ausfü
Im Z
größte Bede
und König
Stadt, dah
er sich an
Alexander
erklärt, daß
Schwager
ihren Chara
mentare be
der beiden.

150

Niese
Parl
Dienstag
der verzei
Anton
Ba
Da
Der
aus
jagen

Bar
Der Ro

3. For

Er de
stieg mit
hatte, zur
Werkstoff
von außer
kländigen
Glend hier
Blok Kin
Ein l
alten Wa
die Schla
in eine
natürlich
eingefalle
dünnen H
Ieren Ha
"Entf
der Dife
ich von
ein Gien
Dann
berauht
hinter
Was
Er l
ändert h
lebende
schenden
schien, a
Weldern
schimpfen
"Da